

Wilsdruffer Tageblatt

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend.

Erscheint seit dem Jahre 1841.

Amts-Blatt



Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint wöchentlich, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, abends 6 Uhr, für den kommenden Tag. / Preis: 10 Pf. / Einzelhefte 2,10 Pf. / Bei den Buchhändlern monatlich 50 Pf., vierteljährlich 1,40 Pf., halbjährlich 2,80 Pf., bei den Buchhändlern vierteljährlich 2,40 Pf., ohne Zustellungsgebühr. / Die Bestellungen, Bestellen sowie unsere Anzeigen und Geschäftsstellen nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. / Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger außergewöhnlicher Ereignisse der Redaktion der Anzeigen, der Lieferanten oder der Druckereibesitzer — hat der Redakteur keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Ersatzung des Bezugspreises. Ferner hat bei Abwesenheit in den angegebenen Fällen keine Anzeigenerklärung, falls die Zeitung verfehlt, in betrüblichem Umfange oder nicht erscheint. / Anzeigenpreis: Die Nummer 10 Pf., / Zuschriften sind nicht persönlich zu übernehmen, sondern an den Verlag, die Redaktion oder die Geschäftsstelle. / Kommissarische Zustellungen werden nicht angenommen. / Berlin: Verlags-Verlag G. B. 46.

für die Königliche Amtshauptmannschaft Meissen, für das
sowie für das Königliche

Königliche Amtsgericht und den Stadtrat zu Wilsdruff
Forstrentamt zu Tharandt.

Jahrespreis: Amt Wilsdruff Nr. 6.

Postfach-Konto: Leipzig Nr. 28614.

Nr. 37.

Mittwoch den 13. Februar 1918.

77. Jahrg.

Der amtliche Teil befindet sich auf der 4. Seite.

Kaiser Wilhelm an Graf Hertling.

Was soll das heißen?

Der neue Vorschlag des Volkskommissars.
Brest-Litowsk, 10. Februar.

Die deutsch-österreichisch-ungarisch-russische Kommission für die Verhandlung der politischen und territorialen Fragen hielt gestern und heute Sitzungen ab. In der heutigen Sitzung teilte der Vorsitzende der russischen Delegation mit, daß Rußland unter Verzicht auf die Unterzeichnung eines formellen Friedensvertrages den Kriegszustand mit Deutschland, Österreich-Ungarn, der Türkei und Bulgarien für beendet erklärt und gleichzeitig Befehl zur völligen Demobilisierung der russischen Streitkräfte an allen Fronten erteilt. Für die aus dieser Lage sich ergebenden weiteren Verhandlungen zwischen den Mächten des Vierbundes und Rußland über die Gestaltung der wechselseitigen diplomatischen, konsularischen, rechtlichen und wirtschaftlichen Beziehungen verwies Herr Trotski auf den Weg unmittelbaren Verkehrs zwischen den beteiligten Regierungen und auf die bereits in Petersburg befindlichen Kommissionen des Vierbundes.

Und will ich meinen, daß Herr Trotski sich einigermaßen klug über die Lage, in der er sich befindet. Die Verhandlungen in Brest-Litowsk sind auf Antrag seiner Regierung eingestellt worden. Sie haben zunächst zum Abschluß eines Waffenstillstandsvertrages geführt und wurden dann fortgesetzt, um einen Friedensvertrag zu ermöglichen, dessen allgemeine Grundlagen schon als festgelegt gelten konnten. Der Vierbund hat sich die größte Mühe gegeben, um diesem Ziele näherzukommen; er hat, gegenüber mancherlei Unerschämtheiten der Gegenseite, eine Rücksicht und eine Geduld an den Tag gelegt, die zuweilen schon den Eindruck der Schwäche machten. Trotzdem wollten die Verhandlungen nicht von der Stelle kommen, weil der russische Volkskommissar nicht entschlossen war, sie immer wieder durch neue Winkelzüge zu verschleppen, bis — nun, bis das von ihm erhoffte Wunder der sozialen Weltrevolution oder sonst irgendein Ereignis eintreten würde, das ihn der Notwendigkeit bestimmter Entschlüsse überhob. Statt dessen haben wir einmal den Vertrag mit der Ukraine inkande gebracht und werden jetzt wohl auch bald mit Rumänien ins reine kommen. Das hat Herr Trotski sein Konzept gewollig verborgen, und wenn er den Blick nachwärts wendet, nach Petersburg und Moskau, nach Finnland und Weißrussland, so mußte er einsehen, daß der völlige Zusammenbruch seiner Taktik unmittelbar bevorstand. Wahrscheinlich war er sich völlig darüber im Klaren, daß Herr v. Kühlmann ihm nunmehr alle weiteren Ausläufe abschneiden, daß er also sich zu entscheiden haben würde, ob die Verhandlungen fortgesetzt oder abgebrochen werden sollten.

Der sonderbare Friedensunterhändler hat auch in dieser Hinsicht, in die er durch eigene Schuld geraten war, noch einen letzten Ausweg zu finden geglaubt. Er verzichtete von sich aus auf den Vertragsabschluss und erklärte zu gleicher Zeit, daß Rußland für seinen Teil den Kriegszustand als beendet ansehe. Ein verblüffend einfaches Auskunftsstück! Das Ziel der Verhandlungen, die Wiederherstellung des Friedens, ist erreicht, und die Verhandlungen selbst werden für überflüssig erklärt. Das ist ungefähr so, wie wenn der Angeklagte dem Gericht erklärt, es könne ruhig nach Hause gehen, der Prozeß sei für ihn erledigt. Aber in Brest-Litowsk hatte man sich doch die Aufgabe gestellt, eine Verständigung über die Beendigung des Krieges herbeizuführen, und dazu hatte man viele Wochen hindurch angestrengt miteinander gearbeitet. Durch eine einseitige Erklärung des Herrn Trotski ist dieses Programm nicht ohne weiteres unter den Tisch zu beschreiben: so liegen die Dinge denn doch nicht. Wir wollten und wir wollen Frieden schließen mit Rußland, aber selbstverständlich unter bestimmten Bedingungen, wie es eben mit der Ukraine geschehen ist. Wenn es nach Herrn Trotski ginge, würden alle Streitfragen in der Schwebe bleiben, um die so lange in Brest-Litowsk gekämpft worden ist. Vor allem die Klärung und die Zukunft der besetzten Gebiete. Sollten wir jetzt, nachdem Herr Trotski plötzlich wieder einen Haken geschlagen, mit ihnen so verfahren, wie es unseren Interessen entspricht oder wie das Selbstbestimmungsrecht ihrer Bewohner es beansprucht, so würde die Petersburger Regierung hinterher erklären, daß sie diese Entscheidungen eines „ländergeierigen Imperialismus“ oder einer „selbsttätigen Bourgeoisie“ niemals anerkennen würden, und sie würden dann ihre bekannten roten Dekretblätter in Bewegung setzen, um in Rußland oder Litauen wieder alles von unten nach oben zu lehren. Herr Trotski

hat die Güte, uns für die Regelung von Einzelfragen Petersburg als Verhandlungsort vorzuschlagen. Für eine solche Verlegung des Konferenztisches müssen wir uns aber schärfstens bedenken. Die russische Hauptstadt ist jetzt dank dem bolschewistischen Regiment zu einer Räuberhöhle herabgesunken, in der niemand mehr seines Lebens sicher ist. Dort mögen Lenin und Genossen ihres Amtes walten, Vertreter staatlicher Ordnung haben dort zurzeit nichts zu suchen. Kurz, will Herr Trotski die Bedingungen für die Aufhebung des Kriegszustandes mit uns nicht vereinbaren, dann bedeutet das den Abbruch der Verhandlungen von seiner Seite, und wir sind wieder vollkommen freie Herren unserer Entschlüsse. Wir haben allen Grund zu der Annahme, daß er auch jetzt wieder lediglich von dem Wunsch geleitet ist, den Mittelmächten neue Schwierigkeiten zu bereiten — die Antwort von unserer Seite wird dieser seiner Absicht angepaßt sein.

Sie wird uns so leichter zu finden sein, als Rußland offenbar verloren ist; ein Vertrag mit Trotski unterschrieben morgen schon ein feines Papier sein, weiter nichts. Da werden wir es wohl vorziehen, unsere Sache im Osten in die eigene Hand zu nehmen. Selbst auf die Gefahr hin, daß die Bolschewisten dann das Raaschen haben.

Die Lage im Osten.

Vor möglicher Stelle erfahren wir noch folgendes. Nichts würde falscher sein, als die Auffassung, daß die Erklärungen Trotski in der letzten Ausschussung in Brest-Litowsk eine Friedenserklärung seien. Durch diese Erklärung ist allerdings eine neue Lage geschaffen, deren Beurteilung selbstverständlich genau durchdacht werden muß. Die Entschlüsse unsererseits zu überstürzen, wäre falsch. Die Möglichkeiten, die in den trotskischen Vorschlägen enthalten sind, sind nicht zu verkennen. Vorläufig kann aber der Kriegszustand unsererseits nicht ohne weiteres lediglich dadurch als beendet angesehen werden, daß Trotski unter Voraussetzungen, die erst nachgeprüft werden müssen, ihn seinerseits für beendet erklärt. Wir haben freie Hand sowohl bezüglich der Kündigung des Waffenstillstandes, wie auch bezüglich der besetzten Gebiete. Vermutlich wird die Einwirkungs der Dinge schnell und von selbst eine Klärung herbeiführen.

Wie die Dinge in der Ukraine liegen.

Ganz anders liegen die Dinge mit der Ukraine, wo der erste und ehrliche Friedenswille nun einen Triumphtag geerntet hat. Dieser Friedensvertrag bedeutet die erste Bresche in den Kriegszustand. Freilich ist auch hier wohl ein Irrtum zu bezweifeln, dem Irrtum nämlich, als sei die Regierung der Ukraine, mit der wir das Friedensinstrument abgeschlossen haben, die Vertretung einer Bourgeoisie, die sich in ständlich politischem Gegensatz zu dem der Bolschewiki befindet. Alle drei Mitglieder der ukrainischen Friedensdelegationen waren Sozialdemokraten, die wahrscheinlich sämtlich viel weiter links stehen, als etwa die deutsche Sozialdemokratie. Die Zentralrada verfolgt nationale ukrainische Tendenzen, ist aber sicher ohne weiteres auch künftig bereit, in die russische Föderativpolitik wieder einzutreten. Auf besondere Schwierigkeiten stießen bei den Friedensverhandlungen die Fragen wegen der Wiederherstellung des deutschen und österreichisch-ungarischen Privatbesitzes, weil unsere Delegationen dabei immer wieder auf die kommunistischen Grundfänge der Ukraine und auf die bereits angeordnete und in der Durchführung begriffene Vergesellschaftung des Grund und Bodens stießen. Daneben liegt eine der Haupt-schwierigkeiten darin, daß die Russen mit der Zeit das Loskommen von dem deutsch-russischen Handelsvertrag zu einem der Hauptkriegsziele machen werden, da das gesamte russische Volk sicherlich unter dem Einfluß englischer Propaganda die Ansicht hatte, Rußland sei bei diesem Vertrag seinerzeit von Deutschland überlistet worden. Wie aus dem Wortlaut des Vertrages hervorgeht, ist der deutsche Zariz zunächst für die Dauer des Provisoriums aufrechterhalten geblieben.

Die Grenzfestlegung bedeutet für die Ukraine schwerwiegende Gebietsvergrößerungen, u. a. fällt auch Brest-Litowsk in das neue ukrainische Gebiet, so daß bei der Feier des Vertragsbeschlusses in der Nacht zum Sonntag der Delegierte Lubinski den deutschen Delegierten mit den Worten zutrinken konnte: „Wir aektern waren wir bei ihnen zu Gast, von heute ab sind sie Gäste bei uns.“

Russische Anarchie und Bolschewiki-Antriebe.

In Petersburg und Moskau herrscht vollständige Anarchie. An der russischen Ostfront geht inzwischen die Verlegung ihren sicheren Gang weiter. Trotski dieser verwerflichen Lage betreibt die Revolutionregierung ihre

Propaganda in größtem Maßstabe weiter. Selbst über die Grenzen des Landes hinaus nach Dänemark, Schweden und Norwegen sollen die Bolschewisten 60000 Kronen zur Veranstaltung von Arbeitslosen-Demonstrationen gesandt haben. Ähnliche Nachrichten von bolschewistischen Umtrieben liegen aus England und Frankreich vor. Ein drastischer Beweis für die Unheilbarkeit der Bolschewisten aber ist ein Befehl des russischen Oberkommandos, der von uns aufgefangen wurde, in dem die russischen Soldaten aufgefordert werden, die deutschen Truppen zur Befestigung ihrer Offiziere und Generale anzuhalten. Dieser Befehl stammt von einer Regierung, die angeblich den Frieden mit uns sucht.

Schon sind Anzeichen vorhanden, daß unser besetztes Gebiet, z. B. Wilna, nicht mehr frei ist von bolschewistischen Einflüssen. Diesen Einflüssen zu begegnen, ist die oberste Aufgabe unserer Heeresleitung. Solange der Friedenswille der russischen Regierung nicht klarer als bisher zutage tritt, solange die Verhältnisse nicht völlig geklärt sind, ist ein Friede mit einer derartigen Regierung unmöglich und wir sind nicht in der Lage, Änderungen in der militärischen Situation herbeizuführen.

Deutsch-russischer Gefangenenaustausch.

Obwohl Herr Trotski die Unterzeichnung eines Friedensvertrages ablehnt hat, sind doch inzwischen schon wesentliche Vereinbarungen getroffen worden.

Die in Petersburg zwischen den Delegierten der deutschen und russischen Regierung getroffenen Vereinbarungen über Gefangenenaustausch hatten nach längerer Verhandlung zunächst zur Unterzeichnung eines Abkommens geführt, wonach die beiderseitigen dienstuntauglichen Kriegsgefangenen möglichst bald in ihre Heimat übergeführt werden sollen.

Entsprechende Abkommen mit Rußland sind auch von den gleichfalls in Petersburg anwesenden österreichisch-ungarischen, bulgarischen und türkischen Delegierten getroffen worden. Weiter zuzusetzen in Petersburg herrschenden Verkehrsnot wird man mit Verzögerungen in der Ausführung des Transportes rechnen müssen, doch ist zu hoffen, daß es gelingen wird, die in dieser Richtung bestehenden Schwierigkeiten in verhältnismäßig kurzer Zeit zu beheben.

Der Krieg.

Feindliche Dege gegen Ludendorff.

Nach verschiedenen Meldungen, die nicht angezweifelt werden können, ist die Entente im Begriff, einen neuen Propaganda-Feldzug gegen die Person des Ersten Generalquartiermeisters Ludendorff in Szene zu setzen. „Fort mit Ludendorff“ soll die Parole heißen, und mit diesem Schlachtruf sucht man einen neuen Keil zwischen die Verdüsterung in Deutschland zu treiben. Auch dieser Versuch wird, woran nicht zu zweifeln ist, wie alle früheren, ähnlichen, scheitern.

Frankreichs Nachschub.

Die großen französischen Gesellschaften für die deutsche Fronte veranstalteten in der Pariser Sorbonne eine nationale Kundgebung, bei der auch Präsident Poincaré anwesend war. Kammerpräsident Deschanel hielt eine Ansprache, die in den Worten ausklang: „Wir schwören angesichts der Soldaten von der Marne, der Yser und von Verdun, die Waffen erst niederzuliegen, bis das Recht gekehrt, bis das seit vierzig Jahren gegen die Freiheit der Welt vorbereitete Völkerverbrechen und bis Belgien, Serbien und Rumänien befreit und Frankreich die ihm 1870 und 1914 entrissenen Gebiete wieder zurückgegeben sein werden. Aus der weiteren Rede ist besonders die des Marine-ministers Lequeux bezeichnend, die in den Worten gipfelte: Der Feind weiß, daß er militärisch den Krieg verloren hat. Er bemüht sich nun, den Sieg durch seine Diplomaten und durch die Agenten für Flaumaderci und Verren zu gewinnen. Der Kampf an den inneren Fronten hat begonnen. Die sozialen Klüften, die politischen Einrichtungen, die wirtschaftlichen Kräfte und die Loyalität der Einzelnen sind im Kampf zu messen. Noch immer lebt Frankreich in einer Art von Hypnose die die breite Masse kritiklos die Worte der Kriegsbegehr glauben läßt.“

Das Land der Leiden.

Petersburg von Hungernot bedroht.
Der Vorsitzende des Petersburger Volksrates Lenin hat einen Befehl an die Kreisräte und Eisenbahnen erlassen, in dem es u. a. heißt: